

IM KLARTEXT

INFORMATIONEN ZUR SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT

Die Ludwig-Erhard-Stiftung ist bei aller Entschiedenheit ihres Engagements für Freiheit und Verantwortung in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft von Parteien und Verbänden unabhängig. Sie ist als gemeinnützige Vereinigung voll anerkannt.

Dezember 2007



Eine Portion Moral vom staatlichen Lohnbüro

Angela Merkel beruft sich gern auf Ludwig Erhard. Die Bundeskanzlerin will damit deutlich machen, was sie meint, wenn sie vom sozialen Aspekt einer Marktwirtschaft spricht oder wenn sie den sozialen Auftrag einer von ihr zu vertretenden marktwirtschaftlichen Politik unterstreichen will. Die Ludwig-Erhard-Stiftung hat nichts gegen solche kleinen Verneigungen vor ihrem Gründer. Sie ist der Bundeskanzlerin daher umso dankbarer, dass sie bei ihrer Attacke gegen Gehälter und Abfindungen von Vorständen privatwirtschaftlich finanzierter Kapitalgesellschaften nicht nur den Bezug, sondern auch den um Zustimmung werbenden Seitenblick auf Ludwig Erhard gemieden hat.

Die Stiftung hätte sich sonst bei ihr beschweren müssen. Die Begründung für die Gehaltsschelte der Bundeskanzlerin hat nicht die geringste Berührung zu dem, was man in der Wertbeschreibung der Sozialen Marktwirtschaft den - von Frau Merkel zu Recht so hervorgehobenen - inneren Zusammenhalt der Bürgergesellschaft nennt.

In der Tat hat auch Ludwig Erhard von diesem inneren Zusammenhalt gesprochen, dem die Soziale Marktwirtschaft dienlich sein sollte und dem sie - bei ordnungspolitisch guter Verwirklichung ihrer Grundideen - dienlich ist. Die Ethik der Marktwirtschaft und die Bedingungen für den inneren Zusammenhalt einer freiheitlichen Gesellschaft hat Ludwig Erhard im teils beschreibenden, teils wertend-fordernden Doppelschritt einer Begründung der Möglichkeit des Sozialen gesehen: In der Befähigung des Menschen zur Freiheit liegt auch die Pflicht zur Verantwortung; und zur Verantwortung der Leistungsfähigen gehört deren Bereitschaft zur Solidarität.

Mit der Schnapsidee, die nicht zu bestreitende Schieflage der Einkommensverteilung mit einer gesetzlichen Regelung der Bezahlung von Vorständen korrigieren zu wollen, hat das nichts zu tun. Die Ludwig-Erhard-Stiftung möchte das zu Protokoll geben, um Irrtümer zu vermeiden.

Hans D. Barbier

Exportweltmeister Deutschland

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie verkündet stolz: Deutschland ist auch 2007 Exportweltmeister! Das Ministerium stützt sich auf Daten des „World Trade Report 2007“; der Bericht wird jährlich von der Welthandelsorganisation WTO veröffentlicht.

Der Titel „Exportweltmeister“ ist zwiespältig zu werten:

■ Die hohen Exporte belegen, wie stark deutsche Unternehmen auf den Weltmärkten sind. Verantwortlich für die hohe Wettbewerbsfähigkeit sind erfolgreiche Umstrukturierungen in den Betrieben sowie die - im europäischen Vergleich moderate - Entwicklung von Preisen und Löhnen.

■ Kehrseite des Weltmeistertitels ist der Handelsüberschuss, der sich aus der Differenz zwischen Ex- und Importen ergibt. Zum einen äußert sich hierin die schwache bzw. fehlende inländische Nachfrage. Zum anderen kommt es zum Kapitalexport: Deutsche Spargelder werden im Ausland investiert und fehlen somit dem heimischen Kapitalstock.

www.bmwi.de

Fernsehmüde

Das Internet hat bei jungen Deutschen das Fernsehen als meist genutztes Medium abgelöst: Drei Viertel der befragten 16- bis 24-jährigen nutzen das Internet fünf bis sieben Tage die Woche. Der

Fernseher dient dagegen nur bei zwei Dritteln als regelmäßiger Zeitvertreib.

Der Trend zum Internet zeigt sich europaweit: Erstmals gehen junge Erwachsene in Europa öfter online (82 Prozent), als sie fernsehen (77 Prozent).

www.eiaa.net

Klimakonferenz auf der Ferieninsel

Vom 3. bis 14. Dezember fand in Indonesien die 13. Weltklimakonferenz statt. Unter dem Uno-Kürzel „COP 13“ (Conference of the Parties) tagten rund 9 000 Regierungsdelegierte aus 186 Staaten. Zusätzlich waren Mitglieder von 330 Nichtregierungsorganisationen sowie 2 000 Journalisten auf der indonesischen Insel.

Mit rund 90 Mitgliedern nahm die EU-Delegation - an der Spitze Umweltkommissar Stavros Dimas - teil. Zusätzlich entsandten alle 27 EU-Staaten eigene nationale Abordnungen. Deutschland reiste mit rund 70 Offiziellen an, Frankreich schickte 50, Lettland wurde von vier Delegierten repräsentiert, und sogar Malta hatte zwei Regierungsvertreter vor Ort.

Die rund 15 000 Teilnehmer, Hunderttausende Flugkilometer und Millionen Euro an Konferenzkosten wurden allerdings nicht mobilisiert, um ein weltweit koordiniertes und konkretes Handeln gegen

die Erderwärmung zu beschließen. In Bali ging es lediglich darum, Nachfolgehverhandlungen für das im Jahr 2012 auslaufende Kyoto-Abkommen zur Reduzierung des CO₂-Ausstoßes vorzubereiten.

unfccc.int/2860.php

Förderung für Holzpellets

In diesem Jahr werden in Deutschland erstmals mehr als eine Million Tonnen Holzpellets hergestellt. Innerhalb der vergangenen zwei Jahre hat sich die Menge dieses aus Säge- und Hobelspänen gepressten Brennmaterials vervierfacht. In 44 Werken werden rund 1,3 Millionen Tonnen Holzpellets gepresst, 13 weitere Produktionsstätten sind im Bau oder geplant.

Rund 70 000 Pelletsfeuerungen sind laut Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) zur Zeit in deutschen Haushalten in Betrieb. Die einzelnen Anlagen verbrennen jährlich zwischen fünf und sechs Tonnen der Holzpresslinge. Da weit mehr produziert als verbraucht wird, liefern einige Werke ihre Pellets ins europäische Ausland, insbesondere nach Schweden, Italien und Frankreich.

Pelletsanlagen werden in Deutschland gemäß „Richtlinien zur Förderung von Maßnahmen zur Nutzung erneuerbarer Energien“ vom Staat gefördert. Anfang August 2007 stiegen die staatlichen Hilfen dafür um 50 Prozent: Seitdem erhalten die jeweiligen Anlagenbetreiber 36 € je Kilowatt „installierter Nennwärmeleistung“, mindestens jedoch 1 500 € pro Anlage.

europa.eu/index_de.htm

Bilanz 2007

Monat für Monat betrachtet und bewertet die Im-Klartext-Redaktion drei Grundziele, die sich aus dem Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft ergeben: Arbeitsplätze in ausreichender Zahl; dauerhaft wertbeständiges Geld; die Freiheit, eigenverantwortlich zu wirtschaften.

Beim Blick auf die zwölf Monatswertungen des Jahres 2007 kommt allenfalls verhaltene Freude auf. Zwar konnte im laufenden Jahr zwölf Mal ein Plus vergeben werden. Zusätzlich wurde zweimal sowohl positiv als auch negativ gewertet. Die negativen Einschätzungen – 22 an der Zahl – überwiegen jedoch.

Arbeitsmarkt mit Licht und Schatten

Mehrheitlich positiv konnte in Bezug auf den Arbeitsmarkt geurteilt werden: Bereits seit 20 Monaten in Folge sinken die offiziell gemeldeten Arbeitslosenzahlen. Für die zwölf Monatswertungen konnte deshalb achtmal ein „Plus“ vergeben werden. Weil trotz dieser erfreulichen Entwicklung die Situation junger Erwachsener auf dem Arbeitsmarkt weiterhin unbefriedigend ist, mussten zwei negative Urteile gefällt werden.

Ebenfalls in zwei Fällen wurde „sowohl als auch“ gewertet: Die monatliche Arbeitslosenstatistik der Bundesagentur für Arbeit (BA) weist einerseits Monat für Monat weniger offiziell gemeldete Arbeitslose aus. Andererseits gelten Ein-Euro-Jobber, Bezieher von Arbeitslosengeld II (Alg II) oder Teilnehmer an Maßnahmen der BA als „nicht Arbeit suchend“.

Beim Blick in die Statistik fällt auf, dass die Zahl der

Empfänger von Alg II im Vergleich zum Jahresbeginn unverändert hoch ist. Die Novemberstatistik der BA weist 5,1 Millionen aus; zu Jahresbeginn waren es ebenso viele – von Rückgang keine Spur. Werden die rund 930 000 Menschen dazu gerechnet, die im November Arbeitslosengeld I erhalten haben, kommt man auf sechs Millionen Menschen, die von Arbeitslosengeld I oder II leben mussten. Wahrgenommen werden allerdings nur die rund 3,4 Millionen offiziell gemeldeten Arbeitslosen.

Folgenreicher Kaufkraftverlust

Besonders schlecht steht es um die Kaufkraft der Bürger. Lediglich zwei positive Wertungen sind 2007 erfolgt. Ansonsten hat die Kaufkraft gelitten, weil der Staat einmal mehr als Preistreiber gewirkt hat: Zum Jahresbeginn wurde die Mehrwertsteuer um drei Prozentpunkte massiv erhöht, und das trotz steigender Steuereinnahmen und konjunkturellem Aufschwung. Insbesondere Arbeitnehmer mit Niedriglöhnen, Rentner sowie Empfänger von Sozialtransfers erlitten reale Einkommensverluste.

Inflation bedeutet den Lehrbüchern zufolge, dass pro Euro weniger gekauft werden kann, da die Preise steigen. Die Einkünfte der Bürger verlieren aber auch

Kaufkraft, wenn die Preise relativ stabil bleiben, ihre Einkommen und Ersparnisse aber durch staatlichen Zugriff geschmälert werden.

Dazu kommt, dass die Staatsverschuldung trotz Mehreinnahmen weiter wächst. An den 1 500 Milliarden € Schulden, die Bund, Länder und Gemeinden inzwischen aufgetürmt haben, hat allein der Bund einen Anteil von rund 900 Milliarden €. Die Bundesregierung will in den kommenden drei Jahren trotzdem nicht auf neue Schulden verzichten.

Eingeschränkte Eigenständigkeit

Wenig Positives lässt sich zur Eigenverantwortung feststellen. Die sinkende Zahl von Unternehmensinsolvenzen und ein nach wie vor hohes ehrenamtliches Engagement der Bürger waren die Lichtblicke und wurden deshalb mit „Plus“ gewertet.

Ansonsten zeigt sich, dass der Staat massiv in die Belange der Bürger eingreift. Steigende Steuern und Gebühren schmälern das Einkommen des Einzelnen. Zwar betont die Politik, wie notwendig die individuelle Altersvorsorge ist, aber längst nicht jedem ist der Aufbau möglich. Verunsicherte Berufseinsteiger und Hochschulabsolventen scheuen vor Selbständigkeit zurück. Setzt man die Summe der Steuern und der von den



„Die Politik dieser Bundesregierung wirkt. Sie wirkt schon im dritten Jahr. Das heißt nicht, dass wir leichtfertig werden dürfen.“
Angela Merkel

privaten Haushalten und Unternehmen gezahlten Sozialbeiträge ins Verhältnis zum Volkseinkommen, erhält man für das laufende Jahr eine „Einkommensbelastungsquote“ von 53 Prozent. Mehr als die Hälfte muss der Einzelne zunächst abgeben, bevor ihm das zuvor Entzogene eventuell über sozialpolitische Maßnahmen, Subventionen oder sonstige staatliche Transfers wieder zufließt. Mit den Zugriffen stärkt Politik die Freiheit des Einzelnen allerdings nicht, sondern beschränkt sie mehr und mehr.

Wunsch und Wirklichkeit

Alles in allem ist es auch im Jahr 2007 nicht gelungen, den Weg zu einer nachhaltigen wirtschaftlichen Entwicklung einzuschlagen. Auf den ersten Blick widerspricht diese Einschätzung dem Resümee von Bundeskanzlerin Angela Merkel, die Ende November die wirtschaftliche Entwicklung rundum positiv wertete. Sie verwies darauf, dass die Zahl der Arbeitslosen seit ihrem Amtsantritt im November 2005 um rund eine Million gesunken sei, und die Zahl der Erwerbstätigen das Rekordniveau von 40 Millionen Menschen erreicht habe.

Daraus zog die Bundeskanzlerin den Schluss: „Der Aufschwung kommt bei den Menschen an, bei immer mehr Menschen.“ Dem steht allerdings das Empfinden der Menschen entgegen: Einer Forsa-Umfrage zufolge erklärten vier von fünf Befragten (83 Prozent), sie merkten weder persönlich noch im Familien- oder Bekanntenkreis etwas von wirtschaftlicher Erholung.

Mehr oder weniger Freiheit?

Bundeskanzlerin Merkel wollte bei ihrem Amtsantritt vor zwei Jahren „mehr Freiheit wagen“. Dieses an sich löbliche Motto hat allerdings einen Haken: Freiheit wird als Wagnis verstanden, obwohl – zumindest, wenn Ludwig Erhards Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft zu Grunde gelegt wird – Freiheit Ausgangspunkt sein sollte. Im aktuellen Verständnis von Sozialer Marktwirtschaft herrscht pseudofreiheitliches Denken vor: Es geht um eine vom Staat gewährte, kontrollierte und regulierte Freiheit, um „Bewegungsspielräume“, die die Obrigkeit großzügig einräumt und zuweist. Der Staat als „Macher“ und Gestalter: Dieses weit verbreitete Politikverständnis belegt der Blick auf die Maßnahmen, die in den vergangenen zwei, drei Monaten beschlossen wurden.

■ Unter anderem hat die Bundesregierung einen Kombilohn für etwa 600 000 Geringverdiener beschlossen. Wer knapp an der Grenze zum Arbeitslosengeld II verdient, soll einen pauschalen Zuschuss erhalten, kombiniert mit einem Kinderzuschlag. Rund 1,1 Milliarden € soll der Erwerbstätigenzuschuss kosten, den die Bundesagentur für Arbeit aus den Beiträgen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber zahlen muss. Für den Kinderzuschlag sind bis zu 340 Millionen € aus dem Bundeshaushalt eingeplant.

■ Die Erbschaftsteuer wurde neu geregelt: Es werden höhere Freibeträge gewährt, die

Steuersätze für Ehegatten, Kinder und Enkel sinken, für andere Erben steigen sie. Bei der Unternehmensnachfolge wird die Steuer gestundet, wenn die Erben den Betrieb fortführen. Dann können 85 Prozent des Betriebsvermögens steuerfrei vererbt werden, die restlichen 15 Prozent müssen versteuert werden.

■ Das Bundeskabinett hat Anfang Dezember ein ehrgeiziges Klimaschutzprogramm verabschiedet. Sie will mittels 14 Gesetzen Wirtschaft und Verbraucher dazu bringen, mehr Energie zu sparen und den Ausstoß klimaschädlicher Treibhausgase drastisch zu verringern. Die Politiker hoffen in der Folge auf sinkende Energiekosten, eine größere Unabhängigkeit Deutschlands von Energielieferanten und die Entwicklung neuer Technologien.

Ungebrochener Interventionismus

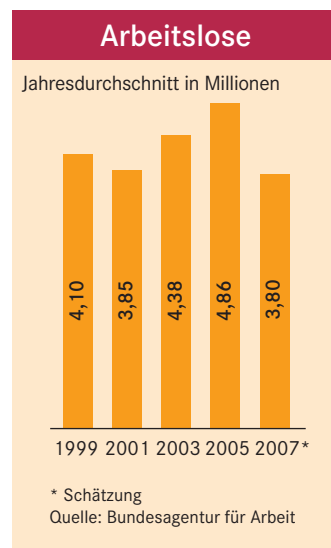
Die Bundeskanzlerin hat versprochen, das die Große Koalition sich nicht auf den Lorbeeren ausruhen werde. An-

gela Merkel will die Förderung von mehr Beschäftigung zum Leitfaden ihrer verbleibenden Regierungszeit bis 2009 machen. „Wir beschließen Maßnahmen, die weitere Arbeitsplätze schaffen, und unterlassen alles, was Arbeitsplätze gefährdet“, sagte sie Ende November in der Bundestagsdebatte zum Haushalt 2008.

Mindestlohn, Gesundheitsreform, Betreuungsgeld – der Arbeitsplan der Bundesregierung für die nahe Zukunft ist umfassend. Die Große Koalition will – wie vorherige Bundesregierungen auch – mit staatlicher Intervention Wachstum und Wohlstand mobilisieren. In einer freiheitlichen Ordnung ist aber nicht der Staat Hauptakteur und der Bürger lediglich Nutznießer staatlicher Vorgaben. Wirtschaftliche Prosperität kann nicht administrativ mit Gesetzen und Verordnungen herbeigeführt werden, Arbeitsplätze und Innovationen lassen sich nicht per Dekret erzwingen.

Ziel von Wirtschaftspolitik in der Sozialen Marktwirtschaft ist, jedem Einzelnen die Freiheit zum Handeln zu lassen und dauerhaft zu garantieren. Der Staat setzt verlässliche Rahmenbedingungen für wirtschaftliches Handeln, damit jeder aus eigener Kraft für sich sorgen kann und nicht auf Kosten anderer leben muss. Politischer Aktivismus, eine noch so gut gemeinte Förderung von Interessen und Umverteilung stehen dieser an wahrhaftiger Freiheit orientierten Politik entgegen.

Andreas Schirmer





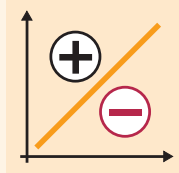
„Wir sind sicher, dass der Arbeitsmarkt für 2008 noch eine gute Qualität hat.“

Frank-J. Weise, Vorstandsvorsitzender der Bundesagentur für Arbeit

IM KLARTEXT

Dezember 2007

INDEX



Die Soziale Marktwirtschaft im Dezember 2007

Ludwig Erhard hat mit der Sozialen Marktwirtschaft eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung realisiert, in der jeder die Chance hat, seine Lebensumstände in eigener Verantwortung zu gestalten. Wie es um die Soziale Marktwirtschaft heute steht, lässt sich nicht mit wenigen Worten sagen. Die Ludwig-Erhard-Stiftung möchte dennoch eine komprimierte Beurteilung vornehmen. Sie beleuchtet Monat für Monat einen besonderen Aspekt der Grundziele, die sich aus dem Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft ergeben: Vollbeschäftigung, Geldwertstabilität und Eigenverantwortung.

Vollbeschäftigung

Es gibt doppelt so viele offene Stellen wie offiziell bei der Bundesagentur für Arbeit (BA) gemeldet: Das hauseigene Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) berichtete Mitte November, die Zahl der offenen Stellen habe im dritten Quartal 2007 bei rund 1,25 Millionen gelegen. Davon seien den Arbeitsagenturen der BA aber nur 642 000 gemeldet gewesen.

Stellenangebote

in Tausend

4. Quartal 2005	1 113
1. Quartal 2006	870
2. Quartal 2006	1 032
3. Quartal 2006	1 183
4. Quartal 2006	1 371
1. Quartal 2007	1 396
2. Quartal 2007	1 229
3. Quartal 2007	1 253

Quelle: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung

Unternehmen in den alten Bundesländern suchten 990 000 Mitarbeiter, in den neuen Ländern wurden 265 000 Mitarbeiter gesucht. In den neuen Bundesländern seien 80 Prozent der Arbeits-

plätze sofort zu besetzen gewesen, ein im Zeitvergleich hoher Wert. In den alten Ländern lag der Anteil der sofort zu besetzenden Stellen mit 61 Prozent dagegen vergleichsweise niedrig.

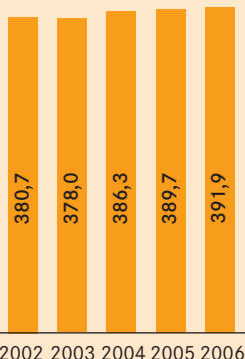
Der staatlich organisierte Arbeitsmarkt dominiert: Nicht nur Arbeitslose, sondern auch 51 Prozent aller Stellenangebote werden von der BA verwaltet.

Geldwertstabilität

Die Kaufkraft der Deutschen ist schlecht. Dieses Fazit zieht

Einzelhandel

Umsatz in Milliarden €



Quelle: Hauptverband des Deutschen Einzelhandels

die Gesellschaft für Konsumforschung (GfK) in ihrem jüngsten Bericht zum „Konsumklima“. Grund seien die Preissprünge bei Kraftstoffen, Heizöl und Lebensmitteln. Sie haben die Inflationsrate im November auf drei Prozent steigen lassen – der höchste Wert seit 1994.

Die von der GfK befragten Verbraucher zeigen sich außerdem verunsichert: Sie erwarten, dass die Preise im nächsten Jahr weiter steigen werden und wollen sich deshalb auch im Vorweihnachttrubel beim Konsum zurückhalten.

Eigenverantwortung

Vor fünf Jahren wurde in Folge des BSE-Skandals das Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) in Berlin eingerichtet. Das BfR beurteilt nach wissenschaftlichen Kriterien Gefahren, die von Lebensmitteln, Textilien, Spielzeug und anderen Gebrauchsgütern ausgehen können. Das Institut beschäftigt rund 600 Mitarbeiter.

Auf der Jubiläumstagung Anfang November 2007 waren sich laut Pressemitteilung des

Lebensrisiken

Davor haben die Deutschen Angst; Mehrfachnennungen möglich

Naturkatastrophen	59 %
Pflegefall im Alter	53 %
schwerer Erkrankung	51 %
überforderte Politiker	51 %
Terrorismus	50 %
Arbeitslosigkeit	45 %
Straftaten	28 %
Trennung vom Partner	19 %

Quelle: R+V Versicherungen

BfR rund 200 Teilnehmer weitgehend einig: „Gefühlte, also nicht wissenschaftlich begründete Risiken gehören zum gesellschaftlichen Leben und prägen das Verhalten der Menschen. Um Krisen zu vermeiden, ist deshalb auch bei einem gefühlten Risiko staatliches Handeln nötig.“ Wie genau dieses „Handeln“ aussehen soll und welche Lebensbereiche davon erfasst werden, erschließt sich aus dem Tagungsprotokoll nicht – ebenso wenig, wie Risiko-Gefühle zu messen und zu werten sind. Staatliche Rundum-Betreuung für echte wie gefühlte Lebensrisiken: Diese Sicherheit kann und soll der Staat nicht versprechen.

Impressum:

Herausgeber: Ludwig-Erhard-Stiftung · Johannerstraße 8 · 53113 Bonn

Telefon 0228 / 5 39 88-0 · Telefax 0228 / 5 39 88-49

Redaktion: Andreas Schirmer · Fotos: CDU (innen); Bundesagentur für Arbeit

Druck und Herstellung: Druckerei Gerhards GmbH, Bonn-Beuel

erscheint monatlich · www.ludwig-erhard-stiftung.de

Ludwig Erhard